

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD und CDU**

### **„BERUFE HABEN KEIN GESCHLECHT“ - Gender Mainstreaming in Berufsorientierung und Ausbildung zur Überwindung der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes sowie des Fachkräftemangels**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ressortübergreifend Maßnahmen und Instrumente zu entwickeln, um Mädchen und Frauen für frauenuntypische Berufe sowie Jungen und Männer für männeruntypische Berufe zu interessieren und zu gewinnen. Dazu soll zeitnah eine Rahmenkonzeption vorgelegt und dem Landtag über die Umsetzung berichtet werden. Für die Rahmenkonzeption sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- konsequente Anwendung des Gender Mainstreaming in Bildung und Erziehung in allen Bereichen,
- Sensibilisierung von Kita, Schule und Beruflicher Schule für ihre Rolle bei der geschlechtsspezifischen Sozialisation,
- Evaluierung der Umsetzung der Rahmenpläne in Kita und Grundschule im Hinblick auf geschlechtersensible Bildung und Erziehung,
- geschlechtsspezifische Angebote, Projekte und Modellvorhaben in Kita, Schule, Ausbildung sowie in der Jugendarbeit zur Überwindung tradiertter Rollenmuster (u. a. Konfliktmanagement und Gewaltprävention),
- verpflichtende Ausbildungsbestandteile zu geschlechtsspezifischen Aspekten in Bildung und Erziehung in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung, in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sowie in der Pflegeausbildung,
- gezielte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Ausbilderinnen und Ausbilder in den jeweiligen Berufsfeldern,

- Unterstützung der Schulen und freien Träger der Jugendarbeit bei der Nutzung des Bundesprogramms „Neue Wege für Jungs“ sowie des bundesweiten Girls' Day zur Berufsorientierung in männer- und frauenuntypischen Berufen,
- 2009 Start einer Landesinitiative zur Förderung von Jungen und jungen Männern in sozialen Berufen, vor allem in Erzieher- und Pflegeberufen und zur Erhöhung des Männeranteils in diesen Berufen,
- Fortführung der Maßnahmen zur Imageverbesserung von technischen und naturwissenschaftlichen Berufen für Mädchen und Frauen und zur Erhöhung des Frauenanteils in diesen Berufen,
- gezielte Maßnahmen zur beruflichen Förderung (auch Wiedereinstiegsförderung) von Frauen in frauenuntypischen Berufen und Männern in männeruntypischen Berufen,
- Erhöhung des Anteils von Mädchen und Frauen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen in zukunftsträchtigen Bereichen,
- Förderung von jungen Frauen in technischen sowie natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen und jungen Männern in geisteswissenschaftlichen Studiengängen.

**Volker Schlotmann und Fraktion**

**Dr. Armin Jäger und Fraktion**

**Begründung:**

Im Grundgesetz heißt es „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Art. 3 Absatz 2 Satz 1). Der Staat nimmt sich zugleich in die Pflicht, indem festgeschrieben wird „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ zu fördern und „auf die Beseitigung bestehender Nachteile“ hinzuwirken (Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG, Änderung von 1994). Artikel 13 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bestimmt, dass die „Gleichstellung von Frauen und Männern Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Kreise“ ist. Und nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1999 mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages dazu bekannt haben, „die Gleichstellung von Männern und Frauen (...) zu fördern“ (Artikel 2 des Amsterdamer Vertrags).

Der Rechtsrahmen spricht also immer von Frauen und Männern, Männern und Frauen. Genau dies zeichnet den politischen Ansatz von Gender Mainstreaming aus. Gender Mainstreaming spricht beide Geschlechter gleichermaßen an. Diesen ganzheitlichen Ansatz gilt es in der Landespolitik breit zu untersetzen. Der ganzheitliche Ansatz von Gender Mainstreaming muss gerade angesichts der demografischen Entwicklung eine stärkere Beachtung finden. Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber kommen nicht umhin, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen durch die Demografie einzustellen. Bereits in zwei Jahren wird es weniger Schulabgänger als betriebliche Lehrstellenangebote geben. Deshalb liegt es im Interesse des Landes und der Unternehmen, dass sich die Berufs- und Studienwahl von Jugendlichen nicht geschlechterspezifisch verengt.

Die politische Botschaft lautet: Wir können auf keinen Jugendlichen, auf keine Frau, auf keinen Mann verzichten! Jeder wird mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten gebraucht!